

Rede von George Thomson zum Tindemans-Bericht (Brüssel, 1. März 1976)

Legende: Am 1. März 1976 kommentiert George Thomson, Europäischer Kommissar für Regionalpolitik, den Tindemans-Bericht über die Europäische Union und beschreibt die zukünftigen Herausforderungen für das europäische Aufbauwerk.

Quelle: Archives historiques des Communautés européennes, Florence, Villa Il Poggiolo. Dépôts, DEP. Emanuele Gazzo, EG. EG 121.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_george_thomson_zum_tindemans_bericht_brussel_1_märz_1976-de-0c8be6be-06b4-409f-bd52-11f4a09cd1eb.html



Publication date: 05/07/2016

Der Tindemans-Bericht und die Zukunft Europas

Zunächst möchte ich sagen, dass der Tindemans-Bericht in mehrerer Hinsicht vorzüglich ist, was in unserer bürokratiegeplagten Gemeinschaft leider selten der Fall ist. Er ist so kurz gehalten, dass man ihn lesen kann, er ist so gut geschrieben, dass man ihn lesen kann, und er konzentriert sich auf die unmittelbar anstehenden Probleme, anstatt sich in utopischen Hirngespinnsten zu verlieren. Darüber hinaus verliert er sich nicht in Plattitüden, die jeden beruhigen und niemanden aufregen. Ganz zu Recht provoziert der Bericht eine Kontroverse – und zwar die richtige Kontroverse über das richtige Thema, von dem der Fortschritt der Gemeinschaft abhängt – darüber, ob die nationalen Volkswirtschaften der Gemeinschaften sich aufeinander zu oder voneinander weg bewegen sollen.

Im Abschnitt seines Berichts über die Wirtschaft lässt Herr Tindemans keinen Zweifel daran, dass die Gemeinschaft sich erneut am Scheideweg befindet. Vielleicht haben einige von Ihnen den unerfreulichen Eindruck, dass die Gemeinschaft sich ständig an einem ewigen Scheideweg befindet. Wenn man jedoch auf die Errungenschaften alleine in den letzten paar Jahren zurückblickt, ist erstaunlich viel erreicht und sind zahlreiche Hindernisse überwunden worden.

Ich bin Anhänger der fabianischen Tradition innerhalb der britischen Labour-Bewegung. Die von dieser Strömung vertretene Überzeugung von der „Unvermeidbarkeit einer stufenweisen Entwicklung“ ist zwar nicht besonders dramatisch, doch erscheint sie mir für unsere komplizierte, multinationale Gemeinschaft genauso angemessen, wie sie es für den toleranten, gelassenen Habitus der britischen parlamentarischen Demokratie war. Das Emblem der Fabian Society ist die Schildkröte, und manchmal denke ich, dass die Gemeinschaft wie die Schildkröte ist: Betrachtet man sie an, scheint sie sich nicht zu bewegen, sieht man aber weg und sieht wieder hin, stellt man fest, dass sie sich deutlich erkennbar bewegt hat.

Da ich über die Gefahr sprechen möchte, dass die Gemeinschaft den falschen Weg einschlägt, möchte ich Sie zunächst an die Meilensteine erinnern, die die Gemeinschaft 1975 passiert hat, trotz der Arbeitslosigkeit und der steigenden Preise, unter denen die Menschen in Europa in diesem Jahr leiden mussten. Das ist natürlich die historische Entscheidung des britischen Volks, das sich in einer Volksentscheidung zu zwei Dritteln für die Gestaltung ihrer Zukunft innerhalb der Gemeinschaft ausgesprochen hat. Zu diesem Erfolg haben die britischen Mitglieder der Europäischen Bewegung in Brüssel aktiv und auf einfallreiche Weise beigetragen.

Trotz gelegentlicher Rückschläge hat die Gemeinschaft beträchtliche Fortschritte gemacht, wenn es darum geht, in der Außenpolitik geschlossen aufzutreten. Die Gemeinschaft hat neue Beziehungen zum kommunistischen China aufgebaut und hat durch den Abschluss des Lomé-Abkommens neue Maßstäbe in der Welt für eine Partnerschaft mit den Entwicklungsländern gesetzt.

Als Kommissar für Regionalpolitik möchte ich mit gewisser Ironie anmerken, dass es für die Gemeinschaft erheblich leichter zu sein scheint, sich außerhalb ihrer Grenzen als Gemeinschaft zu präsentieren als innerhalb. Dennoch ist ihr in Zeiten von Inflation und Rezession, in denen die Regierungen sich vor neuen Ausgaben scheuen, die Einrichtung ihres neuen Fonds für regionale Entwicklung gelungen. Die Gemeinsame Agrarpolitik hat zwar bisher noch keine angemessene Lösung für die Überschussproblematik gefunden und steht dadurch weiter vor ernsthaften Herausforderungen, gewährleistet den Hausfrauen der Gemeinschaft jedoch eine größere Versorgungssicherheit und stabilere Preise, als diese erwarten könnten, wenn sie allein vom Weltmarkt abhängig wären.

Auf institutioneller Ebene schließlich hat es zwei wichtige Entwicklungen gegeben: den Beschluss einer Direktwahl zum Europäischen Parlament innerhalb von zwei Jahren und die Einführung eines neuen Elements im Gemeinschaftsapparat, des Europäischen Rates. Dieser bringt zum ersten Mal systematisch und regelmäßig die demokratisch gewählten Regierungschefs aller Staaten der Gemeinschaft zusammen und kann der Gemeinschaft bei umsichtiger und guter Nutzung [...]

Ungeachtet dieser Erfolge bleibt jedoch die Tatsache bestehen, dass wir eine Reihe schwieriger Entscheidungen für das weitere Vorgehen zu treffen haben. Die Weltwirtschaftskrise hat die schwächeren

Volkswirtschaften der Gemeinschaft gnadenlos von den stärkeren abgehängt.

Es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, dass die Weltwirtschaftskrise die gelenkten Volkswirtschaften und die Mehrparteiendemokratien Westeuropas auf die Probe stellt.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die gelenkte Wirtschaft der westlichen Demokratien ein Erfolgsmodell. Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit, die von Wirtschaftskrisen, totalitären Regimen und Konflikten gekennzeichnet war, hat sie Vollbeschäftigung, steigende Lebensstandards, Freiheit und Frieden gebracht. Die gelenkte Volkswirtschaft mit ihren unterschiedlichen Kombinationen aus privatem Unternehmertum und öffentlicher Intervention und ihrem schwankenden Maß an Sozialdemokratie hat den Bürgern Gutes gebracht – bis die aktuelle Weltwirtschaftskrise uns getroffen hat.

Heute leben wir in einer Gesellschaft mit fünf Millionen Arbeitslosen; darunter sind viel zu viele junge Menschen, die die entmutigende Erfahrung machen, direkt von der Schulbank aus stempeln gehen zu müssen. Die bedrückende Armut, die in der Vergangenheit das Ergebnis von Arbeitslosigkeit war, gibt es bisher nicht – dank des Schutzes durch Systeme der sozialen Absicherung, die zu den Zivilisationserfolgen unserer gelenkten Volkswirtschaften gehören. Zudem wird die Arbeitslosigkeit sinken, da durch die zyklischen Phänomene allmählich Zeichen der Besserung zu erkennen sind.

Wir dürfen uns jedoch nichts vormachen. Die europäische Gesellschaft wird nie wieder so sein wie zuvor. Wir werden nicht einfach zum automatischen Wachstum der 60er und frühen 70er Jahre zurückkehren, und wenn wir das hohe Beschäftigungsniveau der Nachkriegszeit zurückerhalten möchten, wird uns dies nur durch schmerzhaft gemeinshaftliche Anstrengungen gelingen. Der Wirtschaftsnationalismus kennt keine Antwort auf die Probleme des auslaufenden Jahrhunderts.

Wenn die derzeitige Talsohle der Rezession durchschritten ist, werden grundlegende Erschütterungen zu Tage treten, und wir werden es mit anhaltender Arbeitslosigkeit in Industriesektoren und Regionen zu tun bekommen, die in der Vergangenheit den Wohlstand gewöhnt waren.

Sogar bei optimistischen Schätzungen eines erneuten Wachstums in der Gemeinschaft von vier oder fünf Prozent dürfte es bei einer anhaltenden Arbeitslosigkeit von drei Millionen bleiben. Bedingt durch die geburtenstarken Jahrgänge werden zu viele dieser Arbeitslosen junge Männer und Frauen sein, die gerade zum ersten Mal auf dem Arbeitsmarkt auftreten.

Das Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigt die Gemüter in der Gemeinschaft. Auf einer Dreierkonferenz von Ministern, Gewerkschaften und Arbeitgebern wurde im Dezember mit der Suche nach Lösungen begonnen. Es ist wichtig, dass für die nächste Runde im Sommer erste praktische Vorschläge vorliegen. Es wäre jedoch naiv, einfache Lösungen zu erwarten.

Ein Vorschlag lautet zum Beispiel, dass wir im Rahmen der Sozialpolitik der Gemeinschaft Programme zur Verkürzung der Arbeitszeit oder zur Senkung des Renteneintrittsalters, beispielsweise jährlich um ein Jahr über einen Zeitraum von einigen Jahren, fördern sollten. Diese Ideen sind zwar eine nähere Prüfung wert, sie gehen jedoch offensichtlich am Kern des Problems vorbei und könnten, wenn sie ohne Selbstdisziplin gehandhabt werden, die Inflation anheizen. So würde etwa allein eine Senkung des Renteneintrittsalters für Männer um fünf Jahre auf einen Schlag drastische Auswirkungen auf die Arbeitsplätze haben – und dies würde ein weiteres Problem schaffen, da es das zahlenmäßige Verhältnis zwischen der aktiven und der nicht aktiven Bevölkerung zu einem Zeitpunkt verschlechtert, da die Alterspyramide ohnehin bereits stark verzerrt ist.

In Wahrheit ist eine auffangende Sozialpolitik nicht ausreichend. Wir brauchen eine aktive Politik des positiven Strukturwandels, um unsere Industriegesellschaft an die neu entstandene Situation anzupassen. Als die Ölproduzenten den Preis für ihr schwarzes Gold vervierfachten, war dies das Ende einer Ära – und der Anfang eines neuen Zeitalters. Das Wesen dieser neuen Ära – und die Frage, ob sie ihren Bürger Arbeit und freien Zugang zu den Früchten dieser Arbeit bieten kann – ist noch nicht entschieden und wird von unserer eigenen Klugheit und unserer demokratischen Selbstbeschränkung abhängen.

Mit Interesse habe ich festgestellt, dass der britische Außenminister James Callaghan in zwei wichtigen aktuellen Reden unterstrichen hat, dass eine Lösung für dieses neue Problem der nach der Rezession fortbestehenden, strukturellen Arbeitslosigkeit möglicherweise am besten im Rahmen der Gemeinschaft zu lösen sei. Zwei überragende Gründe allgemeiner Art sprechen dafür, dass eine gemeinschaftliche Lösung am besten geeignet wäre: ein externer und ein interner.

Nach außen hin haben wir es mit der Entstehung eines neuen wirtschaftlichen Machtgleichgewichts zwischen den westlichen Industriestaaten und den Entwicklungsländern zu tun, die die Rohstoffe produzieren, von denen die Industriegesellschaften abhängig sind. Das Ergebnis dieser Suche nach einer neuen Wirtschaftsordnung wird großen Einfluss auf unsere eigenen internen Optionen innerhalb der Gemeinschaft haben. Aus genau diesem Grund ist der neue Nord-Süd-Dialog so wichtig. Kein westeuropäischer Nationalstaat – auch nicht der wirtschaftlich stärkste – kann viel Gewicht alleine tragen. Doch als größte Wirtschaftsgemeinschaft der Welt können wir diese Entscheidungen, die den Lebensstandard und die Freiheiten zukünftiger Generationen bestimmen werden, tatsächlich beeinflussen.

Zu Recht hat deshalb Herr Tindemans zu Beginn seines Berichts so stark betont, dass wir unsere nationalen Entwicklungshilfestrategien vergemeinschaften und in der Dritten Welt mit einer Stimme sprechen müssen.

Innerhalb der Gemeinschaft ist es gleichermaßen wahr, dass die Mitgliedstaaten – auch die stärksten – die Bedürfnisse ihrer Bürger durch national ausgerichtete Wirtschaftspolitiken nicht mehr erfüllen können. Sie sind wirtschaftlich zu sehr voneinander abhängig. In einer Situation, in der wir es mit einer inakzeptablen Langzeitarbeitslosenquote zu tun haben, hilft es nichts, das nationale Arbeitslosigkeitsproblems durch den Export der Arbeitslosigkeit in den Nachbarstaat lösen zu wollen. Wirtschaftlich und politisch wäre das eine Katastrophe, da unsere Nachbarn in der Gemeinschaft gleichzeitig unsere besten Kunden und engsten Verbündeten sind.

Wofür aber steht eine gemeinschaftliche Strategie gegen die neue Arbeitslosigkeit? Es bedarf umfangreicher Investitionen, um die Abhängigkeit der Gemeinschaft von Ölimporten zu verringern. Es bedarf umfangreicher Investitionen, um einen Strukturwandel in Europa anzustoßen, der sich aus der Tatsache ergibt, dass die neuen Länder eine eigene Industriestruktur entwickeln und viele der Produktionsprozesse, die derzeit europäischen Arbeitnehmern Arbeitsplätze bieten, selbst durchführen können.

Doch all dies erfordert eine sorgfältige Analyse der am stärksten betroffenen Sektoren und Regionen. Es erfordert eine höhere Wachstumsrate für Investitionen und eine niedrigere Wachstumsrate für den Konsum, als politisch wünschenswert ist.

Deshalb wird es schwierig werden, die Zustimmung der Öffentlichkeit zu schmerzhaften Veränderungen zu erhalten – zur Bereitschaft zur Umschulung und zu Einschränkungen bei Lohn- und Gehaltsforderungen.

Es bedarf eines umfassenden, transparenten Informationsflusses von der Regierung bis zu den Arbeitnehmern sowie der flächendeckenden tatsächlichen und informierten Teilhabe an Entscheidungsprozessen in der Wirtschaft.

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach einer politisch heikleren Form der Teilhabe, d.h. einer breiten Teilhabe am Eigentum der neuen Investitionen. Denn wenn der Konsum zugunsten von Investitionen in den Strukturwandel gebremst werden soll, kann keine öffentliche Zustimmung erwartet werden, wenn dies lediglich zu stärkeren Konzentrationen von Privat- und Unternehmensvermögen führt.

Es ließe sich noch hinzufügen, dass es politisch ebenso inakzeptabel ist, wenn die neuen Investitionen in bestimmte Sektoren zu einer noch stärkeren geografischen Konzentration der wirtschaftlichen Entwicklung im Zentrum der Gemeinschaft führen und zu Lasten der bereits jetzt benachteiligten Randgebiete gehen würden.

Diese recht düstere Analyse unterstreicht, wie dringend die Gemeinschaft ihre Wirtschaftsstrategie neu

bewerten und als Ganzes betrachten muss. Vielleicht bietet die Tatsache, dass viele Regierungen sich des Problems der neuen Arbeitslosigkeit am Ende der Rezession immer stärker bewusst werden, den neuen, so dringend benötigten Impuls, um die nationalen Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten besser aufeinander abzustimmen.

Koordinierung fängt – genau wie Wohlfahrt – zuhause an, weshalb die umfassende Analyse der wirtschaftlichen Herausforderungen durchaus in der Europäischen Kommission beginnen kann. Wir haben eine neue abteilungsübergreifende Gruppe zur regelmäßigen Beobachtung der Strukturwandelinstrumente – der Sozial- und Regionalfonds, des Fonds zur Modernisierung der Landwirtschaft, der Europäischen Investitionsbank, des Forschungsfonds etc. – eingerichtet. Unmittelbarer Hintergrund ist die Bewertung der regionalen Auswirkungen unserer Strategien, um feststellen zu können, inwieweit sie tatsächlich zum Ressourcentransfer von den reicheren in die ärmeren Regionen beitragen. Ich muss sagen, dass mein persönlicher Eindruck aus erster Hand über die Wirkung dieser Strategien beunruhigend ist. Formen der Gemeinschaftshilfe, die einzeln gesehen politisch sinnvoll und gerechtfertigt sind, scheinen im Ganzen betrachtet die Unterschiede zwischen den Regionen eher zu vergrößern als zu verringern. Wir sollten Mittel und Wege zur Messung der Auswirkungen unserer Finanzhilfen suchen, und zwar nicht nur in regionaler Hinsicht, sondern gleichzeitig auch nach ihrem Einfluss auf den strukturellen Wandel, den wir in der Gemeinschaft insgesamt anstreben müssen.

Dabei darf es nicht nur um eine Ausweitung und eine bessere Kohärenz unserer Politik der regionalen Entwicklung oder der Umschulung und Modernisierung gehen. Die Weltwirtschaftskrise und das neue Problem der Dauerarbeitslosigkeit zwingen uns zu Überlegungen über neue Gemeinschaftsinstrumente zur wirtschaftlichen Intervention.

Zur Lösung des neuen Arbeitslosigkeitsproblems müssen die Bereiche der Wirtschaft identifiziert werden, in denen Veränderungen erforderlich sind. Dann bedarf es selektiver Investitionen zur Herbeiführung dieser Veränderungen.

Meiner Ansicht nach bedarf es gründlicher Überlegungen – und zweifellos erbitterter Diskussionen –, um praktische Wege zur Verbindung notwendiger selektiver Investitionen und positiver Regionalplanung mit der Dynamik der freien Marktkräfte zu finden.

Wir dürfen nicht vergessen, dass Pläne für den Umgang mit dem Problem der neuen Arbeitslosigkeit genauso gefährlich sein können wie die von den Pragmatikern so häufig kritisierten Pläne für eine Europäische Union, wenn sie nicht von der realen Situation ausgehen. Eben diese reale Situation beschreibt Herr Tindemans in düsteren Farben und mit Bedauern in seiner berühmten Passage über die Gemeinschaft der zwei Geschwindigkeiten.

Die Schlussfolgerungen von Herrn Tindemans können unterschiedlich ausgelegt werden – er selbst hat sich bemüht, Missverständnisse auszuräumen –, es besteht jedoch kein Zweifel daran, dass sein Ausgangspunkt zutreffend ist.

Die Geschwindigkeiten der Volkswirtschaften der Gemeinschaft weichen in der Tat stark voneinander ab. Unter dem Einfluss von Rezession und Inflation sind die nationalen Volkswirtschaften auseinander gedriftet – statt sich aufeinander zu bewegen, was für den Fortschritt der Gemeinschaft notwendig wäre.

Alle Gespräche über neue gemeinsame Strategien zur Bekämpfung des neuen Arbeitslosigkeitsproblems werden sinnlos sein, solange nicht ein schwieriger politischer Willensakt von den Verantwortlichen sowohl der starken als auch der schwachen Volkswirtschaften kommt. Dies bedeutet einerseits die Bereitschaft, einen ausgewogenen Ressourcenstrom dorthin anzustoßen, wo die Stärkung der wirtschaftlichen Strukturen am dringendsten erforderlich ist. Andererseits bedarf es der Bereitschaft der nationalen Regierungen und Parlamente, im gemeinsamen Interesse einen bestimmten Kodex der gemeinschaftlichen Wirtschaftsdisziplin zu akzeptieren.

Möglicherweise müssen wir neue Wege des Ressourcentransfers finden. Derzeit leidet er darunter, dass die

nationalen Schatzämter aufrechnen, welchen Anteil sie zum Gemeinschaftsbudget leisten und wie viel sie zurückerhalten. Das ist so, als würde der Erfolg einer Ehe und einer Familie an den monatlichen Haushaltsbesprechungen zwischen Mann und Frau gemessen.

Die alte Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat die Dinge besser im Griff, indem sie in einem industriellen Sektor eine Produktionsabgabe erhebt und Ressourcen dahin transferiert, wo Investitionen gebraucht werden oder soziale Probleme zu lösen sind. Der Transfer findet innerhalb einer Branche und nicht unter Mitgliedstaaten statt. Diese Methode scheint einem das ohrenbetäubende Klappern der Computer in den nationalen Finanzministerien zu ersparen, die ihren Nettoertrag bis auf zwei Stellen hinter dem Komma genau ausrechnen.

Hinsichtlich der Disziplin könnte es für Mitgliedstaaten mit wirtschaftlichen Schwachstellen von Vorteil sein, ihre nationalen defensiven Schwächen aufzugeben und nicht mehr auf besondere nationale Ausnahmen zu bestehen, um Dinge auf ihre eigene, nationale Weise erledigen zu können. Stattdessen könnten sie die Gemeinschaft vorschützen, um einen Teil der Schuld für unpopuläre Maßnahmen auf die schwer geprüfte Europäische Kommission zu schieben. Ich glaube, das würde uns nichts ausmachen, wenn das richtige Ergebnis dabei herauskäme. Die meisten Regierungen müssen schwierige Schritte tun, um deren Notwendigkeit und Berechtigung sie wissen. Es scheint gar eine Spielregel der modernen Regierungsführung zu sein, dass, je dringender eine Maßnahme ist, desto unbeliebter sie wird. Es kann hilfreich für eine Regierung sein, wenn sie sagen kann, dass zu einer bestimmten Maßnahme keine Alternative besteht, weil die Vorschriften einer Gemeinschaft eingehalten werden müssen, in der Vorteile mit Verpflichtungen einhergehen.

Ich glaube nicht, dass es möglich ist, von diesem Ausgleich zwischen gegenseitiger Unterstützung und Gemeinschaftsdisziplin abzugehen, wenn die Gemeinschaft eine echte Gemeinschaft werden soll, die die Ziele der von Herrn Tindemans skizzierten Europäischen Union erreicht. Die Alternative ist eine lockere zwischenstaatliche Gruppierung nationaler Wirtschaftssysteme, während die Staaten, die über die wirtschaftliche Stärke und den politischen Willen verfügen, um Vorteile aus der Integration zu ziehen, sich zusammentun. Sogar für diese Staaten selbst wäre dies nur die zweitbeste Lösung und für diejenigen, die dem magischen inneren Kreis nicht angehören, die dritt- oder viertbeste. Europa wäre nurmehr Zuschauer bei Entscheidungen zur Gründung einer neuen Weltordnung – Entscheidungen, von denen der Lebensstandard unserer Kinder abhängt. Nach innen würde ein Scheitern einer einheitlichen Europäischen Gemeinschaft eine immense Belastung für den Fortbestand der Demokratie in mehreren Teilen Europas bedeuten. Die Konsequenzen eines Scheiterns bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch wirtschaftliche Integration sind zum jetzigen Zeitpunkt unvorhersehbar. Sie wären jedoch mit Sicherheit abträglich für unseren materiellen Wohlstand. Zudem könnten sie leicht zu einer Gefahr für unsere Freiheit und den internationalen Frieden werden.